

Die Schweiz will ihr Verhältnis zur EU klären

Bundespräsidentin Leuthard schwebt nach den neuesten Querelen mit der EU eine grundlegende Europa-Abstimmung vor. Damit soll das Verhältnis der Schweiz zu Europa geklärt werden. Auch Aussenminister Cassis hat Pläne: Er will ein Sekretariat für Europafragen schaffen.

(sda) Die Schweiz müsse jetzt ihr Verhältnis zur EU klären, sagte Doris Leuthard. Der bilaterale Weg sei wichtig und weiterzuentwickeln, um ihn zu sichern. Man müsse nun wissen, in welche Richtung man gehe – «dazu wäre eine grundlegende Abstimmung hilfreich».

«Politische Spiele verhindern»

Die Schweiz brauche einen Mechanismus und geregelte Verhältnisse mit der EU. «Das würde auch solche politischen Spiele verhindern, wie wir sie im Moment erleben.»

Europasekretariat als Lösung

Umgekehrt sollen EU-Fragen im Inland mehr Gewicht erhalten. Eine konkrete Idee, wie dies erreicht werden könnte, hat der neue Aussenminister Ignazio Cassis. Er habe dem Bundesrat seinen Plan für die Schaffung eines Sekretariats für Europafragen informell vorgestellt, sagte Leuthard. Der Bundesrat hat darüber aber noch nicht entschieden.

270 Freier wurden durch die Polizei angezeigt

(sda) Fünf Jahre nach Einführung der neuen Prostitutionsgewerbeverordnung zieht die Stadtpolizei Zürich eine erste Bilanz: Sie hat seither mindestens 270 Freier angezeigt, die gegen den Strichplan verstossen haben. Der neue Strichplan besagt, dass Strassenprostitution in Zürich nur noch im Niederdorf, in der Brunau und im schweizweit ersten Strichplatz mit Sexboxen am Depotweg in Zürich-Altstetten erlaubt ist – und auch dort nur zu bestimmten Zeiten. Seit der Teilkraftsetzung der Prostitutionsgewerbeverordnung (PGVO) im Juli 2012 können neben Prostituierten auch Freier angezeigt werden, wenn sie ausserhalb des zugelassenen Gebiets sexuelle Dienstleistungen gegen Entgelt in Anspruch nehmen oder um eine solche nachsuchen.

Schweizer Kriegsmaterial im Irak eingesetzt

(sda) Weil eine ehemalige Basler Firma ohne Bewilligung Kriegsmaterial in den Irak vermittelt haben könnte, schaltet das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) die Bundesanwaltschaft ein. Die betroffene Munition wurde in Serbien produziert. Das Seco werde den Sachverhalt bei der Bundesanwaltschaft anzeigen, sagte ein Sprecher des Seco am Sonntag auf Anfrage der sda. Er bestätigte damit Angaben der «SonntagsZeitung». Das betroffene Unternehmen Tradewell AG aus Basel hatte gemäss Seco-Unterlagen nicht über eine Grundbewilligung für die Vermittlung oder den Handel mit Kriegsmaterial verfügt. Ebenso liege keine Einzelbewilligung für den konkreten Fall vor. Ende 2004 soll die vor sieben Jahren aus dem Handelsregister gelöschte Tradewell AG zusammen mit einem US-Unternehmen Kriegsmaterial von Serbien in den Irak vermittelt haben. Dies geht aus dem vor kurzem veröffentlichten Bericht «Weapons of the Islamic State» der britischen Organisation Conflict Armament Research (CAR) hervor.



Wenn schon jagen, dann professionell: Dass dieses Prinzip funktioniert, zeigt sich zum Beispiel im Kanton Genf. Gleichzeitig hat die Jagd auch einen gesellschaftlichen Charakter. (Bild: bigstock)

Oberster Schweizer Jäger angezeigt

Gegen rücksichtslose Amateur-Jäger: «Wild beim Wild» engagiert sich für mehr Professionalität bei der Jagd

Die Interessengemeinschaft «Wild beim Wild», die sich für die Abschaffung der Hobby-Jagd einsetzt, hat bei der Staatsanwaltschaft Gossau SG gegen den Präsidenten von Jagd Schweiz, Obmann der Jagdgesellschaft Andwil und Präsident des kantonalen Verbands Revierjagd St. Gallen, Hanspeter Egli (72), Abtwill SG, Strafanzeige eingereicht.

Margrith Widmer

(sda) Vorgeworfen werden Egli unter anderem Gewaltdarstellungen, Verstoss gegen das Bundesgesetz gegen unlauteren Wettbewerb im «Schweizer Jäger» – mit Inseraten für tierquälische Auslandsjagden und Verstoss gegen das Tierschutzgesetz: «Missachtung der Würde eines Tiers». Es bestehe der Verdacht auf Körperverletzung, Schreckung der Bevölkerung, öffentliche Aufforderung zu Gewalttaten, schreibt Carl Sonnthal, Indemini (TI), im Namen der IG Wild beim Wild.

Ferner klagt er gegen Hanspeter Egli wegen Verleumdung, übler Nachrede, Beschimpfung, Nötigung und Erpressung. Sonnthal sei unter anderem im Besitz einer E-Mail, in der eine Gruppe von Hobby-Jägern und der Vorstand vom Verein Jagd Schweiz beschliessen, die IG Wild beim Wild praktisch mit willkürlichen Anzeigen mundtot zu machen und von der Bildfläche verschwinden zu lassen.

Verbesserung Mensch-Tier-Beziehung

Die IG Wild beim Wild ist eine gemeinnützige Organisation, die sich für die nachhaltige und gewaltfreie Verbesserung der Mensch-Tier-Beziehung einsetzt. Dabei habe sich die IG auch auf die rechtlichen Aspekte des Wildtierschutzes spezialisiert. Die Volksinitiative «Wildhüter statt Jäger» im Kanton Zürich wird von der IG Wild beim Wild ebenfalls unterstützt. «JagdSchweiz» ist der Dachverband der Schweizer Jäger. Er vertritt die Interessen der Schweizer Jägerschaft im In- und Ausland.

In ihrer Funktion trage «JagdSchweiz» die Verantwortung dafür, dass die Mitglieder dieses Verbands laut Medienberichten Jahr um Jahr im vierstelligen

Bereich in Gesetzesübertretungen, wie Verstösse gegen Jagdrecht, Wilderei, Waffenschmuggel, Umweltdelikte, Tierschutzverstösse, Verkehrsdelikte, und weitere Straftaten verwickelt seien. So gebe es laut dem kantonalen Amt für Jagd und Fischerei allein im Kanton Graubünden, jedes Jahr über 1000 Anzeigen oder Bussen gegen Hobby-Jäger, die über die kantonalen Verbände dem Verband Jagd-Schweiz unterstellt seien. 2016 seien es 1201 Anzeigen und Bussen gewesen, 2015 deren 1298, 2014 deren 1102, 2013 deren 1122 und 2012: 1089.

«Nicht mehr tragbar»

Rechne man diese Zahl auf die ganze Schweiz hoch, erreiche man «strafrechtliche Dimensionen, die in einem Rechtsstaat längst nicht mehr tragbar sind», schreibt Sonnthal. Schweizer Medien publizierten regelmässig Meldungen über illegale und kriminelle Praktiken von Hobby-Jägern, wie jüngst wieder ein Fall im Kanton Wallis. Das Gewaltmonopol gehöre «mit professionellen Wildhütern in die Hände des Staates und nicht an Jägerbanden delegiert», so Sonnthal.

Vorbild Kanton Genf

«Im Kanton Genf funktioniert dies seit über 40 Jahren. Was dort früher über 400 Hobby-Jäger minderwertig taten,

erledigen heute elf professionelle Wildhüter vorbildlicher. Sanitarische und therapeutische Abschüsse der Wildhüter sind nicht das Gleiche, wie eine regulatorische Bejagung anhand von Jägerlatein oder falsch verstandener Naturerfahrung der Hobby-Jäger», so Sonnthal. Die «Weidgerechtigkeit» der Jäger widerspreche diametral den Tierschutzgesetzen. In bedrückender Regelmässigkeit werde in Bild und Text Gewalt verherrlicht und verharmlost, das Grausame und Unmenschliche in verletzender Weise dargestellt. Das komme organisierten Gewaltdarstellungen gleich. «Man quält und erschießt Tiere nicht zum Spass», schreibt Sonnthal.

Störung des Artgleichgewichts

Unter «Hege» verstehe das Gesetz den Schutz und die Pflege wild lebender Tiere, wogegen sich die «Jagdausübung» auf das Nachstellen, Fangen und Erlegen von Wild beziehe. «Es geht den Hobby-Jägern darum, für die Jäger interessante Wildtierbestände stabil auf hohem Niveau zu halten und die durch Jägerhand geschwächten Beutegreifer wie Wölfe und Luchse zu ersetzen.» Deshalb werde auch der Fuchs fanatisch bejagt. Die Jäger verursachten mit der Niederwildjagd absichtlich schwerwiegende Störungen des natürlichen Artgleichgewichts, um er-

folgreicher jagen zu können. So würden gezielt Lebensräume gestört – zum Schaden der Wildtiere.

Egoistische Lobby

Jägerparolen seien Augenwischerei. Analysiere man die Jägerfraktion, erkenne man, dass sie sich selten bis nie für die Natur engagiere. Klar werde hingegen: Ausbeutung und Eigennutz seien die wahren Interessen. Die Experten der Hobby-Jäger seien meist nur Interessenvertreter einer egoistischen Lobby, um eine Unkultur schön zu reden. Im Umwelt-Ranking belegten Jäger den letzten Platz. In Gebieten ohne Amateur-Jäger gebe es eine grössere Artenvielfalt, geringere Dichte von jagdbaren Wildtierarten, weniger Schäden und Autounfälle.

Pro Jahr komme es jedoch zu über 20000 Wildunfällen auf Schweizer Strassen und Schienen. Die Kosten dieser Unfälle beliefen sich auf bis zu 50 Millionen Franken. Jagdleidenschaft sei kein Auftrag der Gesellschaft oder ein Recht. «Die Jagd, wie sie heute ausgeführt wird, ist kein jahrhundertealtes Handwerk, Tradition oder Kultur,» schreibt Sonnthal. Ausserdem reichte Wild beim Wild gegen den «äusserst militanten» Amateur-Jäger Sergio Jacomella, Aarburg, eine Strafanzeige ein – ebenfalls wegen mehrerer Straftatbestände.

Gültigkeit der Sonderjagd-Initiative gegenüber den Parlamentariern verschwiegen

(mw.) Eine weitere Strafanzeige hat Wild beim Wild gegen den Bündner Regierungsrat Mario Cavigelli eingereicht. Im Februar 2015 hatte der Grosse Rat Graubündens die Sonderjagd-Initiative für ungültig erklärt. Nur: Die Parlamentarier wussten nicht alles: Regierungsrat Mario Cavigelli (CVP) hatte nicht gegen übergeordnetes Recht. Der Regierungsrat unterschlug dem Grosse Rat das Fazit des BAFU, wonach die von rund 11000 Personen unterzeichnete Sonderjagdinitiative gültig sei. Die Initianten liessen jedoch nicht locker und zogen bis vor Bundesgericht. Dieses erklärte die Initiative für gültig. Die

Sonderjagd sei ein Problem für die Bevölkerung Graubündens, schreibt Wild beim Wild – weil sie zu unsäglicher Barbarei und Tierquälerei führe. Es sei noch eine zweite Volksinitiative von Tierschützern unterwegs. Auch diese werde von denselben Kreisen aus dem Departement Cavigelli sabotiert. Zwar entschuldigte sich Cavigelli für sein Versäumnis; Wild beim Wild hat nun aber bei der Staatsanwaltschaft in Chur eine Strafanzeige, unter anderem wegen Amtsmissbrauch und ungetreuer Amtsführung, eingereicht, um den Fall juristisch aufzuarbeiten – «vorallem, weil Mauscheleien in diesem Departement offenbar zum Tagesgeschäft gehören. Im September, hat der Verein Wildtierschutz Schweiz eine Anzeige

eingereicht wegen Unterlassung von Verhinderung von Straftaten gegen das Jagdgesetz sowie Beihilfenschaft zur Gefährdung von Leib und Leben. Weitere Punkte sind Beihilfenschaft zur vorsätzlichen Wilderei eines Jägers einer geschützten Tierart und Verstoss zur Beihilfenschaft zum Kontaminieren mit Bleimunition eines Naturschutzgebietes von nationaler Bedeutung», so Sonnthal. Noch kann die Bündner Regierung Sonderjagden im November und Dezember ansetzen, wenn die Abschusszahlen nicht erreicht wurden. Gegner der Sonderjagd kritisieren, es komme immer wieder zu moralisch und ethisch verwerflichen Szenen, da Regeln der ordentlichen Jagd ausser Kraft gesetzt seien.